

»WIR SIND WIEDER DA«

**Die »Reichsbürger«:
Überzeugungen, Gefahren
und Handlungsstrategien**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

**Republik
Freies
Deutschland
Hoheitsgebiet**



»WIR SIND WIEDER DA«

**Die »Reichsbürger«:
Überzeugungen, Gefahren
und Handlungsstrategien**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Inhalt

Skurril - und gefährlich	4
Übersicht: Die Reichsideologie	6
Woher kommt das? Der Ursprung der Reichsideologie	8
Was glauben sie? Die Überzeugungen der Reichsideolog/innen	11
Was tun?	15
Behauptet wird, wahr ist: Reichsideologische Argumentationsmuster	18
Was tun sie? Konkrete Beispiele reichsideologischer Aktivitäten	21
Anknüpfungspunkte reichsideologischer Diskurse	24
»Sehr viel ist auf Unzufriedenheit begründet«: Interview mit Andreas Vorrath	26
Weiterführende Links und Literatur	28


Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung

Autor: Jan Rathje

Redaktion: Alice Lanzke & Timo Reinfrank

Titelfoto: Polizeiliche Durchsuchung auf dem Gelände eines »Reichsbürgers«, Berlin Neukölln am 8.01.2013, Foto ABIX

Alle Rechte bleiben bei dem Autor und dem Fotografen.

Gestaltung:  Design

© Amadeu Antonio Stiftung 2014

Linienstraße 139, 10115 Berlin, Germany

Telefon 030. 240 886 10, Fax 030. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de, www.amadeu-antonio-stiftung.de

Litho/Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

ISBN: 978-3-940878-17-5

Die Veröffentlichung wurde gefördert durch das Programm

»Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern



Zusammenhalt
durch Teilhabe

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundesregierung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Vorwort

»Sich eigene Ausweise drucken lassen und im Wohnzimmer Staatsregierung spielen – was soll daran verwerflich sein?« Diese oder andere Fragen könnten Menschen als erstes in den Sinn kommen, wenn sie von »Reichsbürger/innen« hören. Doch der in dieser Broschüre vorgeschlagene Begriff Reichsideolog/innen macht auf die besonderen Gefahren aufmerksam: Ihre antidemokratische und menschenfeindliche Ideologie setzt sich – je nach Vorlieben – aus antisemitischen, rassistischen und/oder nationalistischen Elementen zusammen.

Doch Reichsideolog/innen regieren nicht nur in ihren eigenen vier Wänden. Viele engagieren sich in Gemeinden, im Sportverein, der Feuerwehr oder anderweitig ehrenamtlich. Im Kontakt mit Mitmenschen besteht die Gefahr, dass ihre Ideologie verharmlost oder – im schlimmsten Fall – verbreitet wird.

Eine genaue Anzahl von Reichsideolog/innen kann derzeit niemand beziffern. Die Ideologie wird von vielen verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen vertreten. Nach vorsichtigen Schätzungen des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 2012 bewegte sich die Zahl der offen Rechtsextremen innerhalb dieses Spektrums im unteren dreistelligen Bereich. Viele Menschen können Reichsideolog/innen bisher auf Grund von mangelndem Wissen nicht einordnen.

Die vorliegende Broschüre ist ein Handwerkszeug im Sinne des fördernden Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«: Sie gibt einen Überblick über die Aktivitäten von Reichsideolog/innen, ihre Argumentationen und Erkennungsmerkmale. Durch Aufklärung über den Hintergrund von Reichsideolog/innen, die Schilderung von Beispielen und Alltagssituationen sowie Ansätze für Handlungsstrategien bietet die Broschüre Engagierten vor Ort eine Hilfestellung im Engagement gegen antidemokratische Tendenzen. Für die Unterstützung und Förderung der Handreichung möchte ich an dieser Stelle herzlich der Regiestelle des Bundesprogramms danken, wie auch dem Autoren Jan Rathje, der die Informationen – auch mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen – sorgfältig zusammen getragen und insbesondere auch die Handlungsstrategien entwickelt hat. Der Autor und die Stiftung stehen bei Fragen und der Bitte um Unterstützung gerne zur Verfügung.

*Timo Reinfrank
Amadeu Antonio Stiftung*

Skurril – und gefährlich

Im April 2012 schrieb eine auf den ersten Blick skurrile Meldung Schlagzeilen: Der Berliner Daniel S. weigerte sich, Steuern zu zahlen – als »Reichsbürger« unterstehe er nicht den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland. Als die Steuerfahndung die Berliner Polizei um Amtshilfe bat, machte diese eine erschreckende Entdeckung: Daniel S. lehnte nicht nur die Forderungen des Fiskus ab, er hortete auf seinem Gelände auch große Mengen Chemikalien, die zum Bau von Sprengsätzen notwendig sind. Im Prozess, der im April 2014 eröffnet wurde, gab der selbst ernannte »Reichsbürger« nun an, Opfer einer Sekte geworden zu sein.

So abstrus diese Episode klingen mag, macht sie doch deutlich, dass diese vermeintlichen »Reichsbürger/innen« keinesfalls unterschätzt werden dürfen – auch, wenn sie auf den ersten Blick zum Schmunzeln einladen, erstellen sie sich doch eigene Ausweise und Führerscheine, gründen Fantasiekönigreiche, bauen lokale Tauschringe auf, beteiligen sich an den neuen Montagsdemonstrationen oder schwadronieren auf einem der zahllosen Blogs über die Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Hinter der Maskerade aus Verschwörungsdämonen, Esoterik und Regierungsspielchen steckt jedoch eine handfeste rechtsextreme und menschenfeindliche Ideologie. Aus diesem Grund soll im Folgenden nicht die Selbstbezeichnung »Reichsbürger/in« genutzt werden. Vielmehr soll der Begriff *Reichsideolog/in* auf das geschlossene Weltbild dieser Personen hinweisen. Darin finden sich nicht nur rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen. Reichsideolog/innen neigen ebenfalls dazu, für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt anzuwenden.

Reichsideolog/innen glauben, die Bundesrepublik Deutschland existiere nicht, verweigern die Zahlung von Steuern und wollen ein Deutschland wiedererrichten, das weite Teile Polens einschließt. Unklar sind sich die unzähligen Einzelpersonen und Gruppierungen allerdings darüber, ob sie zum Kaiserreich, der Weimarer Republik oder dem »Dritten Reich« zurück wollen – oder gleich auf einen neuen Staat setzen sollen. Das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg bezeichnet diese Menschen als »Reichsideologen und Selbstverwalter«, sie selbst sich als »Reichsbürger«, »natürliche beseelte Menschen« oder »Germaniten«. Selbstverwalter/innen unterscheiden sich von Reichsideolog/innen dadurch, dass sie nicht unbedingt auf ein Deutsches Reich fixiert sein müssen. Sie glauben, dass sie aus der Bundesrepublik Deutschland durch eine Erklärung austreten könnten. Die dafür genutzten Argumente sind nahezu deckungsgleich mit denen der Reichsideolog/innen.

Problemursache: Reichsideologie

Die genaue Anzahl von Reichsideolog/innen in der Bundesrepublik kann niemand angeben. Ganz allgemein lässt sich jedoch feststellen, dass dieses Phänomen bundesweit auftritt. Auch bei staatlichen Stellen war in der Vergangenheit eine Erhebung schwierig. Das lag zum einen daran, dass reichsideologische Aktionen kaum eingeordnet werden konnten. Zum anderen führte das mangelnde Wissen der Mitarbeitenden zu der dürftigen Datenlage. Seit dem Jahr 2012 gibt es diesbezüglich erste Schulungen durch Verfassungsschutzämter. Auch in der Öffentlichkeit rücken Reichsideolog/innen verstärkt in den Fokus. Dies war einigen spektakulären Aktionen von Reichsideolog/innen geschuldet, denen eine breite Berichterstattung in den Medien etwa seit dem Jahr 2012 folgte. Mehrere dieser Aktionen finden auch in dieser Handreichung Erwähnung. Darüber hinaus haben einige Menschen bereits seit Jahren unangenehmen Kontakt zu ihnen – sei es als Angehörige jüdischer oder muslimischer Religionsgemeinschaften, Mitarbeitende von Finanzämtern oder Leitende in Schulen. Auch Abgeordnete von Landtagen und des Bundestages stellen inzwischen Anfragen zu den »Reichsbürgern«. Reichsideolog/innen überfluten zunehmend

staatliche Institutionen mit Schreiben, in denen sie seitenlang ihre Ideologie darlegen. Ziel des Ganzen: Vermeidung der Zahlung von Steuern oder Bußgeldern. Andere gehen noch weiter. Sie verschicken Morddrohungen und Todesurteile im Namen des »Reiches«. Dabei hängen nicht alle Reichsideolog/innen einer Gruppe, »Reichsregierung« oder gleich einem König an. Manche fechten zum Teil seit Jahren als Einzelpersonen einen Kampf mit Verwaltungen und Behörden der Bundesrepublik Deutschland.

Leider sind Reichsideolog/innen nicht nur Freund/innen absurder Gedankenspiele, die gerne Briefe schreiben. In den letzten Jahren gingen von ihnen immer wieder Morddrohungen und Übergriffe aus. Bei Razzien der Polizei wurden auch Schusswaffen gefunden. Dass diese ganz legal im Besitz dieser Menschen gewesen sein sollen, verschlimmert diesen Umstand nur noch. Sollten sich die reichsideologischen Überzeugungen zu einem geschlossenen Weltbild verengen, steigert sich deren Gefahrenpotential beträchtlich. Was sich genau in den Köpfen der Menschen abspielt, ist leider noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Eine noch zu leistende sozialpsychologische Analyse des Phänomens der Reichsideolog/innen wäre für ein tiefes Verständnis von großer Bedeutung.

Zivilgesellschaftliche Intervention

Nicht nur der Verfassungsschutz setzt sich mit Reichsideolog/innen auseinander. Seit Jahren beobachten engagierte Einzelpersonen das Treiben im Internet. So sind im Laufe der Zeit umfangreiche Informationen zu Personen, Gruppen und Argumentationen entstanden. Für die Aufklärung bezüglich der Reichsideologie sind diese Arbeiten von besonderer Bedeutung. Sie bieten potentiellen Einsteiger/innen eine kritische Perspektive auf die Reichsideologie.

Die Handreichung soll dieses zivilgesellschaftliche Engagement weiter befördern, indem sie Aufschluss darüber gibt, worum es sich bei der Reichsideologie überhaupt handelt. Wie ist sie entstanden? Was sind ihre grundsätzlichen Elemente? Und was kann gegen die Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankenguts getan werden? Zudem werden die Aktionen von Reichsideolog/innen und ganz konkrete Fälle vorgestellt. Ebenso bietet das Gespräch mit dem Experten Andreas Vorrath tiefere Einblicke in die Reichsideologie. Abgerundet wird die Broschüre durch Links zu Beratungsstellen und ergänzenden Informationsseiten zum Thema Reichsideolog/innen.

In der Broschüre sollen einige Gruppen vorgestellt werden, die unter Beobachter/innen der Szene eine gewisse Berühmtheit erlangt haben. Informationen zu anderen Gruppierungen und Einzelpersonen können auf den spezialisierten Webseiten am Ende der Broschüre gefunden werden.

Ermöglicht wurde die Publikation durch das Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern, das in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur fördert. Die Amadeu Antonio Stiftung engagiert sich schon seit Beginn in diesem Programm und setzt sich mit dem Projekt »Region in Aktion« für demokratische Kultur in ländlichen Regionen ein. Gerade dort ist es für Bürger/innen besonders schwer, da sie mit einer Fülle von rechtsextremer Propaganda oder Verschwörungstheorien konfrontiert werden.

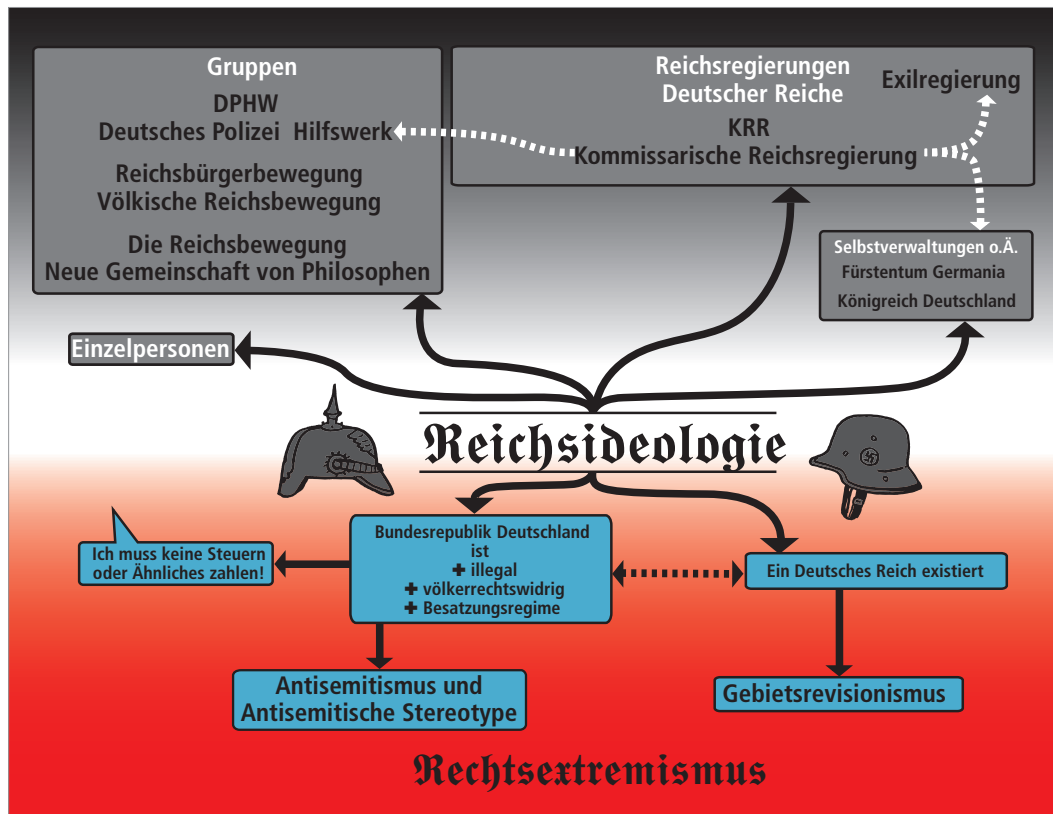
Ein besonderer Dank gilt für ihre Anmerkungen und Unterstützung Zoé Sona, Heike Radvan und Stefan Wizzan.

Übersicht: Die Reichsideologie

1. Reichsideolog/innen behaupten, dass die **Bundesrepublik Deutschland nicht existiert**.
2. Reichsideolog/innen behaupten, dass ein »**Deutsches Reich**« weiterhin **fortbesteht**.
3. Die Reichsideologie ist ein **gesamtdeutsches Phänomen**. Gruppierungen und Einzelpersonen bedrohen Personen oder Institutionen im gesamten Bundesgebiet. Auch in Österreich finden sich Reichsideolog/innen.
4. Die Reichsideologie ist in ihrem Kern **rechtsextrem**.
 - Die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches schließt die Aneignung fremder Staatsgebiete mit ein. Hierbei handelt es sich um das rechtsextreme Element des *Gebietsrevisionismus*.
 - Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland wird von Reichsideolog/innen durch Verschwörungen erklärt. Dabei nutzen sie oft *antisemitische Stereotype*, um die Verschwörer/innen zu beschreiben – oder sie bedienen sich direkt des *Antisemitismus*, indem sie »die Juden« als Verantwortliche benennen.
5. Die Reichsideologie wird unter anderem von folgenden **Gruppierungen und Einzelpersonen vertreten**:
 - Kommissarische Reichsregierung, 2tes Deutsches Reich, Amtierende Reichsregierung, Wolfgang Gerhard Günter Ebel
 - Exilregierung Deutsches Reich – Kaiserreich, Norbert Rudolf Schittke
 - Königreich Deutschland, NeuDeutschland, Lichtzentrum Wittenberg, Peter Fitzek
 - Republik Freies Deutschland, Freies Deutschland, AGStaSeVe (Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen), Peter Frühwald
 - Reichsbewegung, Reichsbürgerbewegung, Völkische Reichsbewegung, Sylvia Stolz und Horst Mahler
 - »Staatenlos«, der blaue Punkt, Rüdiger Klasen
 - Volksbundesrat
 - Geschäftsführende deutsche Reichsregierung
 - Volksbewegung Dem Deutschen Volke
 - Selbstverwaltung Deutsches Reich
 - Volksdeutschland
 - Staat Germanitien
 - Partei »Deutsche Nationalversammlung«
 - Interim Partei Deutschland DAS REICHT! (IPD)
 - Deutsches Polizei Hilfswerk (DPHW), Volker Schöne
 - Der Runde Tisch Berlin
 - Das Deutschlandprojekt, Aufbruch Gold-Rot-Schwarz
 - Bewusst.TV, Johannes »Jo« Conrad
 - Deutsche Pressestelle für Völkerrechte und Menschenrechte
 - Website »Unglaublichkeiten« Neuschwabenland Forum, Dr. Axel Stoll
 - Blog »Der Honigmann sagt«, Ernst Köwing

6. Die Reichsideologie bietet **Anknüpfungspunkte** zu:

- **(rechter) Esoterik.** Viele Reichsideolog/innen sind ebenfalls Anhänger/innen von irrationalen Glaubenssystemen. Der Glaube an die Existenz eines »Deutschen Reiches« lässt sich damit gut verbinden.
- **Verschwörungsideologien und völkischer Kapitalismuskritik.** Der Glaube an eine »jüdische Weltverschwörung« – oder antisemitische Elemente innerhalb von Verschwörungserzählungen – verbindet Reichsideolog/innen mit Menschen, die einem Verschwörungsdenken anhängen. Gleiches gilt für völkische Kapitalismuskritiker/innen, die Jüdinnen und Juden direkt oder in anderen Begriffen verkleidet für die negativen Ausformungen des Kapitalismus verantwortlich machen.
- **Aussteiger/innentum.** Jegliche Lebensweisen, die mit einem wie auch immer gearteten »Ausstieg aus der BRD« zu tun haben, sind für Reichsideolog/innen interessant. Diese bieten vermeintlich einfache Lösungen für die komplexen Probleme einer globalisierten Gesellschaft oder Vorstellungen von einem unabhängigen Leben in einer Gemeinschaft. Reichsideolog/innen wollen diese Unabhängigkeit auf ihr »Deutsches Reich« ausdehnen.



Hinter dem Reich steckt der Rechtsextremismus: Schematische Darstellung reichsideologischer Fragmente.

Woher kommt das?

Der Ursprung der Reichsideologie

Mit absoluter Gewissheit lässt sich nicht sagen, wann zum ersten Mal behauptet wurde, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existieren würde. Der Szenekenner Andreas Vorrath (siehe Interview S. 26) wie auch das Brandenburgische Landesamt für Verfassungsschutz gehen davon aus, dass die Ideologie genau so alt ist wie die Bundesrepublik selbst. Wissenschaftliche Untersuchungen fehlen bisher. Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 benennt das Landesamt bereits im Parteiprogramm der 1952 verbotenen *Sozialistischen Reichspartei* den Bezug auf die Fortexistenz des Deutschen Reiches. Beobachter/innen der Szene nehmen an, dass der Grundstein für die *aktuellen* reichsideologischen Argumentationsmuster in den 1980er Jahren gelegt wurde. Viele Gruppierungen beziehen sich auf eine Art »ursprüngliche« Reichsregierung oder haben Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern und Abweichler/innen, die mit ihren Ursprungsorganisationen verfeindet sind. Einige der inzwischen unzähligen »Reichsregierungen« sind Spaltprodukte der »Kommissarischen Reichsregierung«. Viele Argumentationen und Verhaltensweisen stammen von diesen »Pionier/innen« und werden in der ganzen Szene benutzt.

Die »Kommissarische Reichsregierung« (KRR)

Die erste »kommissarische Regierung des Deutschen Reiches« (KRR) wurde von dem Berliner Wolfgang Gerhard Günter Ebel (* 1939) im Jahr 1985 gegründet. Er arbeitete von 1965 bis 1980 bei der »Deutschen Reichsbahn« der DDR. Die besondere Rolle dieses DDR-Staatsunternehmens hatte großen Einfluss auf die Vorstellungen Ebels, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, sondern weiterhin existiere. Nach einem Streik der Reichsbahner 1980, in dessen Folge auch Ebel entlassen wurde, will er von einem Beauftragten der US-Regierung von den wirklichen

Deutschland
Regierung

Wir sind das Volk
und nur wir sind Deutschland

1927 Gesetz Nr. 37
Artikel 19
Rechtsfortbewahrung

ei Deutschland bedeutet das Deutsche Reich
wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat

Startseite Deutschland Generalbevollm. Informationen Dokumente Gesetze Justiz Steuern Video Kontakt

Aufgaben der Regierung Deutschland

- Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands
- Förderung der Reorganisation der Länderregierungen
- Wahlen des Deutschen Präsidenten durch den Staatsrat
- Handlungsfähigkeit der Staatsministerien
- Vorläufige Verfassung bis zur neuen Verfassung durch das Volk
- Friedensvertrag mit den Alliierten
- Absetzung der NGO Firma Bundesregierung GmbH
- Volksentscheid und freie Wahlen des Deutschen Volkes über Staatsform, Verfassung und Regierung Deutschlands

Reorganisation der Deutschen Länder

Die Reorganisation der Deutschen Länder, Freistaaten, Provinzen und Landesteile läuft zur Zeit auf Höchstburen.

Die Flaggen Deutschlands

Deutschland	Deutschland	Deutschland
1848-1850	1871-1919	Strauf der Historischen Reichskommision mit dem vereinbarten gemeinsamen Faltbild 2014
1850 verlesen	1919-1931	
1919-20 unethisch	1931	
1945-1948	1933-35	
1950-2013 (illegal)	1945-89 / seit 2014	

Die Verfassung Deutschland

Die Verfassung des souveränen Staates Deutschland, in Achtung der Verfassungen von 1848-1950 und 1971, wurde am 25. Januar 2014 einstimmig vom Deutschen Staatskabinett angenommen. Die Alliierten wurden davon in Kenntnis gesetzt und die Deutsche Verfassung wurde deren Botschaften in Berlin überreicht.

Sie trat mit ihrer Veröffentlichung am 1. Februar 2014 in Kraft.

Will ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1937: Die KRR.

Quelle: Screenshot Homepage 2tes Deutsches Reich © »Amtierende Reichsregierung«

Beispiel: Fürstentum Germania

Von Februar bis Mai 2009 kam es für wenige Monate zur Gründung des Wohnprojektes »Fürstentum Germania« im brandenburgischen Krampfer. Beteiligt waren verschiedene alternative Gruppierungen, unter ihnen auch Anhänger der »Kommissarischen Reichsregierung«, des reichsideologischen »Runden Tisches Berlin« und die antisemitischen Verschwörungsideologen Jessie Marsson und Johannes »Jo« Conrad. Zusammen mit Gleichgesinnten hatten sie den Plan, einen eigenen Staat auf dem Gelände des verfallenen Schlosses Krampfer zu errichten. Nach außen wurde zunächst ein harmloses Image gepflegt. Viele junge Helfer/innen waren von der Idee fasziniert, etwas aufzubauen und neue Lebensweisen auszuprobieren. Sie übernahmen die Renovierungsarbeiten am Schloss, hüteten die Schafe auf dem Gelände und pflanzten biologische Landwirtschaft. Die reichsideologischen Behauptungen, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Firma sei, fanden bei den lediglich esoterisch veranlagten Menschen schließlich Anklang. Als Folge standen in der Presse die antisemitischen, reichs- und verschwörungsideologischen Aussagen, besonders von Marsson und Conrad im Vordergrund.

An Wochenenden kamen große Gruppen von Sympathisant/innen aus dem gesamten Bundesgebiet, um das »Fürstentum« zu besuchen. Für die Bewohner/innen von Krampfer und ihre Gemeindeverwaltung barg die Mischung aus alternativem Wohnprojekt und reichsideologischer »Staatsgründung« ein hohes Konfliktpotential – auch untereinander. Das Bauamt setzte dem Projekt schließlich ein Ende: Das »Fürstentum« war der Überzeugung, als eigener Staat keine Baugenehmigung aus der Bundesrepublik Deutschland einholen zu müssen. Dies führte im Mai 2009 zur polizeilichen Räumung des Geländes.

Für die Szene der Reichsideolog/innen war dieser Misserfolg jedoch ein Lehrstück für zukünftige »Staatsgründungs«-Projekte. Johannes Conrad begleitete auch die Gründung des »Königreichs Deutschland« im Jahr 2012 (siehe S. 13).

Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erfahren haben: Demnach herrschten weiterhin die Alliierten über Deutschland, die Bundesrepublik Deutschland sei illegal.

Aus der Anstellung bei der »Deutschen Reichsbahn« leitete Wolfgang G. G. Ebel bereits bis 1985 eine Stellung als Staatsbeamter des Deutschen Reichs auf Lebenszeit ab. Mit der Zeit kamen viele weitere Ämter hinzu. Diese soll er zumeist an besonders geschichtsträchtigen Daten der deutschen Geschichte – etwa dem Jahrestag der Auflösung Preußens durch die Alliierten – empfangen haben. Teilweise sind die Angaben zu den Ereignissen widersprüchlich.

Im Laufe der Jahre baute sich Ebel einen Kreis Gleichgesinnter auf, denen er seine ganz persönliche Auslegung juristischer Dokumente lehrte und an deren Spitze er sich als »Reichskanzler« inszenierte. Gegenüber dem *taz*-Journalisten Philipp Gessler bezifferte die »Kommissarische Reichsregierung« im Jahr 2000 ihr näheres Umfeld auf mehr als hundert Menschen.¹ Anhänger/innen der KRR waren im Jahr 2009 auch am brandenburgischen »Fürstentum Germania« beteiligt (siehe Infobox).

Auch nach einem Schlaganfall im Jahr 2013 ist Wolfgang G. G. Ebel weiterhin als »Reichskanzler« tätig. Auf der Homepage seiner »Reichsregierung« wurde im Jahr 2013 eine »Sondermarke« veröffentlicht. Auf ihr wird behauptet, Ebel sei seit 1980 »unermüdlich für das Deutsch Volk tätig«.

1 Gessler, Philipp: Die Reichsminister drohen mit dem Tod, *taz* vom 15. August 2000, online unter: www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2000/08/15/a0194 (letzter Zugriff 31.03.2014).

Rechtsextreme Ideologie

Nun mag es den Menschen belassen sein, Fantasierregierungen zu bilden und im eigenen Wohnzimmer munter zu regieren. Doch hinter diesem Treiben steckt mehr als privates Vergnügen. Was ist also rechtsextrem an den Vorstellungen, dass das Deutsche Reich weiterhin bestehen würde? Zunächst einmal äußert sich Ebel ablehnend gegenüber dem Nationalsozialismus und seiner Führungsriege. In der Tradition Hitlers will er sich nicht sehen. Dennoch lassen sich in den Handlungen und Forderungen der Mitglieder der KRR Versatzstücke rechtsextremer Ideologie nachweisen. So fordert die KRR ein »2tes Deutsches Reich« in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Dies verletzt ganz klar die Oder-Neiße-Linie, welche als feste Grenze zwischen Deutschland und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Fall der Berliner Mauer vereinbart worden war. Diese geschichtsrevisionistischen Forderungen untermalt der »Reichskanzler« auch gern mit antisemitisch konnotierten Verschwörungsideen. So behauptet er 2011 in einem Interview mit dem Reichsideologen Johannes »Jo« Conrad (siehe Infobox »Fürstentum Germania«) Helmut Kohl sei Freimaurer und deutet an, er sei jüdischen Glaubens.²

Juristisch ist Wolfgang G. G. Ebel nur schwer beizukommen. Wie die *taz* im Jahr 2000 schreibt, gilt Ebel als schuldunfähig.³ Auch der brandenburgische Verfassungsschutzbericht des Jahres 2012 weist auf diesen Umstand hin.⁴ Gemäß dem §20 des Strafgesetzbuches »Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen« bedeutet dies, dass Ebel auf Grund seiner Vorstellungen über das Deutsche Reich und seine Reichskanzlerschaft nicht schuldig handelt. Ein entsprechendes Gutachten soll nach Ebels Angaben bereits im Jahr 1987 erfolgt, 2004 allerdings aufgehoben worden sein.⁵ Die Schuldunfähigkeit Ebels hat in der Vergangenheit in beide Richtungen gewirkt. Zum einen diente sie seiner KRR als Propaganda für die Behauptung: Gerichte der Bundesrepublik Deutschland könnten dem »Reichskanzler« nichts anhaben. Dissident/innen nutzten die Schuldunfähigkeit dagegen, um die KRR zu diskreditieren.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen bezeichnet Wolfgang G. G. Ebel im seinem Bericht aus dem Jahr 2005 als »Berliner Rechtsextremisten«.⁶

Beispiel: Sylvia Stolz und Horst Mahler

Als bekannteste Reichsideolog/innen gelten die Antisemiten und Holocaustleugner Horst Mahler sowie seine Kampfgefährtin Sylvia Stolz. Gerade Mahlers Handeln zielt auf eine Wiederherstellung der »Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches« (»So spricht man mit Nazis«, ungekürztes Interview von Michel Friedmann mit Horst Mahler, *Vanity Fair* 2007). Für dieses Ziel engagierte er sich bereits ab Mitte der 1990er Jahre gemeinsam mit Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher im Deutschen Kolleg. Später kam es zum Bruch zwischen ihnen. Mahler sieht eine jüdische Weltverschwörung am Werke, deren Aufgabe es sei, das deutsche Volk in Knechtschaft zu halten. Dazu bedienen sich nach Ansicht Mahlers »die Juden« des »sogenannten Holocaust[s]« (Ebenda). Zu den Gruppierungen und Organisationen, die er gegründet oder unterstützt hat, gehören etwa die »Reichs-« bzw. »Reichsbürgerbewegung« (2003) oder die »Völkische Reichsbewegung« (2007). Als letzten gültigen Rechtsstand geben Stolz und Mahler den 7. Mai 1945 an. Sie wünschen sich eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, von dem sie sich eine Befreiung des deutschen Volkes versprechen. Stolz hat im Jahr 2013 scharfe Kritik an anderen Reichsideolog/innen geübt. Sie sieht in einigen Gruppierungen sogar staatliche Agent/innen, die Verwirrung stiften sollen.

2 Reichskanzler Ebel? Online unter: <http://bewusst.tv/reichskanzler-ebel/> (letzter Zugriff 09.04.2014).

3 Gessler, Philipp: Die Reichsminister, online unter: www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2000/08/15/a0194 (letzter Zugriff 31.03.2014).

4 Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2012, Potsdam 2013, S. 98

5 Kurzübersicht des Reichskanzlers Dr. h. c. Wolfgang Gerhard Günter Ebel, S. 2f. Ehemals online unter www.der-reichskanzler.de/Kurzuebersicht_Ebel.pdf (letzter Zugriff 21. August 2013).

6 Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen: Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen 2005, Hannover 2006, S. 75.

Was glauben sie?

Die Überzeugungen der Reichsideolog/innen

Im Allgemeinen glauben Reichsideolog/innen daran, dass die Bundesrepublik Deutschland eine illegale Konstruktion sei, errichtet auf einem weiterhin existierenden Deutschen Reich. So wird etwa argumentiert, dass im Mai 1945 nicht das Deutsche Reich vor den Alliierten kapitulierte, sondern lediglich seine Armee, die Wehrmacht. Dies hätte nach Ansicht der Reichsideolog/innen zur Folge, dass das Deutsche Reich auch weiterhin Bestand habe, da es im Übrigen auch keinen Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gebe (siehe S. 20).

Prinzipiell wird mit diesen Annahmen die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt, was auch gerne durch Zitate von bundesdeutschen Politiker/innen untermauert wird. Demnach stünde das Deutsche Reich weiterhin unter der Verwaltung oder Besatzung der Alliierten oder einer sogenannten »BRD GmbH«. Das Anliegen der Reichsideolog/innen ist es nun, die vermeintlich eingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik anzuprangern und die des »Deutschen Reiches« wieder auferstehen zu lassen.

Die Selbstverwalter/innen teilen die Überzeugung der Nichtexistenz der Bundesrepublik Deutschlands. Allerdings berufen sie sich nicht unbedingt auf untergegangene Reiche. Sie versuchen, eigene Staaten oder Verwaltungseinheiten zu schaffen, innerhalb derer nur ihre eigenen Regeln gelten.

Zu diesem Zweck bilden Reichsideolog/innen und Selbstverwalter/innen Reichsregierungen und Mikroverwaltungen, die verschiedene »offizielle« Reichsdokumente an Interessierte verkaufen. Dies hat nach ihrer Auffassung einen besonderen praktischen Nutzen für die Inhaber/innen dieser Dokumente: Bußgelder, Steuern und Gerichtsurteile der Bundesrepublik seien rechtlich nicht bindend und müssten nicht anerkannt oder gezahlt werden. Stattdessen überziehen die Reichsideolog/innen zuständige Behörden und Verwaltungen mit schriftlichen Belehrungen oder Drohungen.

Grundsätzlich lassen sich in diesem Vorgehen zwei verschiedene Strategien aufzeigen. Einige Vertreter/innen der Reichsideologie wenden sich in ihren Bestrebungen an die Alliierten, da sie in ihren Augen weiterhin als rechtmäßige Besatzungsmächte über das Deutsche Reich Geltung besäßen. Anderen widerstrebt – im Geiste eines nationalen Widerstands der Deutschen – eine solche Anerkennung.

Weiterhin lassen sich zwei Vorgehensweisen in der Argumentation anhand der Auswahl ihrer Beweisdokumente unterscheiden. Während ein Strang Dokumente der Bundesrepublik wie etwa das Grundgesetz, aber auch Gerichtsurteile der Bundesrepublik zitiert, lehnt ein anderer eben diese Dokumente als unrechtmäßig ab. Stattdessen berufen sie sich auf völkerrechtliche Bestimmungen, die in ihren Vorstellungen unmittelbare Gültigkeit besitzen. Es zeigt sich also: Die Auseinandersetzung mit Reichsideolog/innen ist kompliziert.

Kleinkrieg mit Behörden, Verwaltungen und staatlichen Stellen

Viele Menschen, die sich von reichsideologischen Vorstellungen leiten lassen, liefern sich Auseinandersetzungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Zumeist geht es um die Verweigerung von Zahlungen, seien es Steuern, Buß- oder Ordnungsgelder. Ob die Zahlungsverweigerung an die Bundesrepublik Deutschland aus der Reichsideologie folgt oder der Wunsch nach Zahlungsverweigerung auf die Reichsideologie verwiesen hat, ist in machen Fällen nicht klar voneinander zu trennen. Auffällig ist, dass Steuern und Zahlungen im Vergleich zu anderen Themen von Reichsideolog/innen zumeist sehr ausführlich behandelt werden. Die Vordrucke und Begründungsbausteine sind jedoch ein einfaches Mittel, um Menschen mit reichsideologischer Propaganda in Kontakt zu bringen, die lediglich Steuern oder ähnliches einsparen wollen.

So nutzen Reichsideolog/innen das Internet

Ein Großteil der Aktivitäten der Reichsideolog/innen und Selbstverwalter/innen spielt sich im Internet ab. Wie in jedem anderen Medium auch versuchen Reichsideolog/innen und Selbstverwalter/innen ihr eigenes Handeln durch Information – in diesem Fall wohl eher: Propaganda – zu rechtfertigen. Gängiges Mittel für die Verbreitung ihrer Ideologie ist für Reichsideolog/innen die Videoplattform *YouTube*. Hier finden sich allerlei Filme, die in immer neuer Form ein Deutsches Reich auferstehen lassen wollen. Einige Reichsbürger/innen nutzen die Plattform auch als Alternative zum Staatsfernsehen. Sie produzieren eigene Videoreihen, in denen sie ihren Kampf gegen die Bundesrepublik dokumentieren, veröffentlichen Neujahrsansprachen oder Mitschnitte ihrer Veranstaltungen.

Eine große Rolle spielen ebenfalls eigene Diskussionsforen und Webseiten, im rechtstextremen Sprachgebrauch auch gern »Weltnetzseiten« genannt. Neben den Beschreibungen der Zuständigkeiten von Personen für »Ministerien« und Ähnliches finden sich auf den Seiten immer auch Informationen, warum die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert. Zu diesem Zweck werden – in zumeist recht eigenwillig gesetzten Texten – willkürliche Zitate aus juristischen Dokumenten mit Fotos von Wappentieren und Ausweisen kombiniert. Als Multifunktionsplattform bieten die »Weltnetzseiten« auch die Verbindung zu den nachfolgend beschriebenen profitableren Handlungsformen.

Seminare

Viele Reichsideolog/innen versuchen, sich durch diverse Dienstleistungen und den Verkauf von Dokumenten über Wasser zu halten. Hierzu geben bevorzugt die führenden Köpfe Seminare, in denen über die »wirkliche« Rechtslage in der Bundesrepublik informiert werden soll. Abgerundet werden die Seminare mit Hinweisen, welche Schreiben an welche Behörden zu richten seien.

Merchandise

Das Merchandising ist vielfältig und reicht von Ausweisdokumenten über Krawattennadeln bis zu Kennzeichenaufklebern. Um die Reichsausweise wird ein großer Kult gepflegt. Es scheint so, als solle dieses greifbare »Dokument« über die allgemeine Handlungsunfähigkeit der »Regierungen« hinwegtäuschen. Mit entsprechendem Stolz präsentieren Reichsideolog/innen ihre Fantasieausweise und -führerscheine gegenüber Beamt/innen der Bundesrepublik Deutschland und im Internet, was bei Preisen zwischen 40 und 120 Euro nicht verwunderlich ist. Generell stellen »Reichsdokumente« keine Urkundenfälschung dar, da es sich bei ihnen um Fantasiedokumente handelt. Strafrechtlich relevant wird es erst, wenn Fälle von Amtsanmaßung, Fahren ohne gültigen Führerschein, erlaubniswidriges Fahren mit Blaulicht oder ähnliches vorliegen (siehe auch S. 16).



*Eine von vielen Einkommensquellen:
Reichsdokumente
Screenshot Homepages © »Zweites Deutsches
Reich«, »Exilregierung Deutsches Reich - Kaiser-
reich«*

Peter Fitzek – Königreich Deutschland

Zu den prominentesten Namen der reichsideologischen Szene gehört Peter Fitzek, der als »König von Deutschland« für eine breite Presse-Berichterstattung sorgte. Seine Karriere begann der Koch und Kampfsportler mit einem Ladengeschäft für Esoterikbedarf in Wittenberg. In diesem Bereich ist er auch selbst als Autor tätig.

Vor allem aber gehört Fitzek zu den Mitbegründern des nicht eingetragenen Vereins »Neu-Deutschland«, mit dem die Geschichte des »Königreiches Deutschland« ihren Anfang nahm. Der Verein hat zum Ziel, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 zu errichten und Deutschlands verlorene Souveränität wiederzuerlangen. Zu diesem Zweck wurde schließlich das »Königreich Deutschland« »gegründet«. Es befindet sich in der rechtlichen Form einer Stiftung auf einem alten Krankenhausgelände in Wittenberg. Am 16. September 2012 ließ sich Peter Fitzek schließlich zum »König« von Deutschland krönen. Unter den Zuschauenden war auch der antisemitische Verschwörungsideologe Johannes »Jo« Conrad, der schon an dem Vorgängerprojekt »Fürstentum Germania« in Brandenburg (siehe S. 9) beteiligt war.

Fitzek selbst oder zumindest sein näheres Umfeld scheinen über gewisse ökonomische Talente zu verfügen. So errichtete er in der Vergangenheit nicht nur mehrere krankenkassenähnliche Einrichtungen, die ihm bereits Schwierigkeiten mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bereiteten, sondern auch eine »Königliche Reichsbank«. Nebenbei gibt Fitzek ebenfalls pseudojuristische Seminare zu den Themen Staatsbürgerschaft und der Verfassung des »Königreichs«.

Als charismatischer und spiritueller Anführer hat er über die reichsideologische Deutungshoheit hinaus einen besonderen Einfluss auf seine Anhänger/innen. Dies weiß er auch für seine Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. In der Neujahrsansprache für das Jahr 2014 bedankte sich Fitzek auch explizit für kritische Presse-Berichte. Diese hätten bei vielen Menschen erst Interesse an seinem »Königreich« geweckt.

Neben der Esoterik bedient Fitzek jedoch auch verschwörungsideologische Themen. So hat er im Zuge von antisemitisch konnotierter Zinskritik die eigene Alternativwährung Engel (Ein Neues GELd) kreiert, mit dem Waren und Dienstleistungen in der Region bezahlt werden können. Außerdem werden Fitzeks Anhänger/innen und Untertan/innen nicht nur in Euros, sondern auch in der Alternativwährung für ihre Arbeit im »Königreich« bezahlt.

Fitzek wurde bereits mehrere Male verurteilt. Zu seinen Vergehen zählen: Nutzung eines amtlich nicht zugelassenen Kennzeichens, vorsätzliches Fahren ohne Fahrerlaubnis sowie vorsätzliche und gefährliche Körperverletzung (AG Neustadt a. Rbge., Urteil vom 17. Oktober 2013, Az. 60 Cs 7231 Js 21262/13 (59/13); online unter: <http://openjur.de/u/659559.html>, zuletzt aufgerufen 31.03.2014). Am 26. März 2014 kam es im Zuge von Auseinandersetzungen Fitzeks mit der BaFin zu einer Durchsuchung des »Königreichs« durch Polizei und Zoll. Der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt beobachtet die Geschehnisse innerhalb des »Königreichs«.



Quelle: Screenshot Homepage
Königreich Deutschland
© »Königreich Deutschland«

Behauptet wird, wahr ist: Die sechs gängigsten »Argumente«

Reichsideolog/innen verwenden in ihrer Argumentation eine besondere Methode: Anstatt einzelne Fakten zu einer allgemeinen Aussage zusammenzubringen, steht diese Aussage bereits fest. Stets wird vom Allgemeinen (der Fortexistenz eines Deutschen Reiches; der Nichtexistenz der Bundesrepublik Deutschland) auf das Besondere (der Personalausweis heißt Personalausweis, weil die Inhaber »Personal« der Firma BRD GmbH sind) geschlossen. Dies zeigt sich besonders in den umfangreichen und unwissenschaftlichen Textwüsten der Reichsideolog/innen.

Den Ausgangspunkt für die Suche nach »Beweisen« bilden zwei Gruppen von Grundannahmen. Die eine behandelt alle vermeintlichen Argumentationen rund um Legitimität; die andere bündelt Aussagen zur Souveränität.

Legitimität bezeichnet ganz allgemein eine Rechtfertigung für ein bestimmtes Handeln. Im Fall der Reichsideolog/innen geht es zumeist um völker- oder staatsrechtliche Legitimation. So müssen die Handlungen der Bundesrepublik Deutschland, aber auch ihre eigenen diesem Standard entsprechen. Dabei ist ersteres grundsätzlich illegitim, letzteres so lange legitim, bis eine Splittergruppe das Gegenteil behauptet und eine eigene Regierung oder Selbstverwaltung bildet.

Der andere Teil der reichsideologischen Themen bezieht sich auf die **Souveränität** des Staates, seiner Regierung und somit auch der Staatsbürger/innen. Souverän ist, wer seine Handlungen eigenständig und unabhängig bestimmt. Für Reichsideolog/innen gilt jedoch ganz allgemein: Deutschland und das »deutsche Volk« werden fremdbestimmt.

Nachfolgend soll eine Auswahl⁷ der gängigen Behauptungen der Reichsideolog/innen entkräftet werden. Dabei soll auch ein Eindruck vermittelt werden, wie reichsideologische »Argumentationen« aufgebaut sein können.

1. Reichsideolog/innen behaupten: »Das Grundgesetz ist keine Verfassung (Art. 146 GG)!«

Kern dieser Behauptung ist der Glaube, der Name Grundgesetz (GG) deute bereits darauf hin, dass es sich nicht um eine Verfassung handle. Dazu wird gern auch der Artikel 146 GG zitiert:

»Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« (GG, Art. 146,1)

Diese Aussage ist falsch. Die Alliierten forderten nach dem Zweiten Weltkrieg explizit eine verfassungsgebende Versammlung, den Parlamentarischen Rat. Die Namensgebung war zu dieser Zeit ein politisches Zugeständnis der deutschen Ministerpräsidenten an die Ost-Zone. Die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung sollte nicht symbolisch durch den Erlass einer Verfassung getrübt werden. Die deutsche Wortwahl machte jedoch für die Alliierten keinen Unterschied. Sie genehmigten die vom Parlamentarischen Rat erstellte »constitution« - zu Deutsch: Verfassung. Spätestens mit dem Inkrafttreten des GG wurde die Gültigkeit der Weimarer Verfassung aufgehoben, da stets nur eine Verfassung in einem Gebiet Gültigkeit beanspruchen kann. Der Art. 146 GG verweist ebenso auf die Hoffnung einer Wiedervereinigung der deutschen Staatsgebiete, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges anderen Staaten zugesprochen wurden.

⁷ Eine Vielzahl weiterer Argumentationen und deren Widerlegungen finden sich sehr detailliert in Gerhard Schumachers *Vorwärts in die Vergangenheit. Durchblicke durch einige »reichsideologische« Nebelwände* (siehe S. 28).

Hinsehen – Informieren – Aktiv werden: Handlungsstrategien

Streitgespräche mit Reichsideolog/innen können sehr kräftezehrend sein. Besonders, wenn man es mit einer Person zu tun hat, die bereits ein geschlossenes Weltbild besitzt. Das bedeutet, dass die Person eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Überzeugungen nicht zulässt und glaubt, die einzig »wahren« Lösungen für historische und aktuelle gesellschaftliche Probleme zu kennen. Grundsätzlich sind auch in der Auseinandersetzung mit Reichsideolog/innen allgemeine Handlungsempfehlungen anwendbar, die bereits zum Umgang mit rechtsextremen Äußerungen von verschiedenen Beratungsstellen erarbeitet worden sind. Sprechen Sie diese Stellen in jedem Fall an, um sich in Ihrem Vorhaben unterstützen zu lassen. Einen Link zu einer Liste von Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus finden Sie auf S. 28.

Selbsteinschätzung

Zunächst sollten Sie sich mit Ihren persönlichen Empfindungen, Zielen und Ihrem Wissen auseinandersetzen. Dies umfasst die folgenden Fragen, die Sie sich wahrheitsgemäß beantworten können sollten:

- Wie ist Ihr Gefühl in Bezug auf die Person und das Thema?
- Was möchten Sie mit der Auseinandersetzung erreichen?
- Verfügen Sie über ausreichend Wissen, um im Streitgespräch den rechtsextremen Äußerungen etwas entgegenzusetzen zu können? Trauen Sie sich eine Auseinandersetzung zu?

Diese Selbsteinschätzung kann Ihnen bereits Leitlinien für Ihre Handlungsstrategie im Umgang mit rechtsextremen Äußerungen vorgeben. Sie verschafft Ihnen Klarheit über Ihre eigene Position und ermöglicht Ihnen im Idealfall eine ruhige Anwendung derjenigen Handlungsempfehlungen, die Sie für Ihre besondere Situation für angemessen halten. Zusätzlich sollten Sie Folgendes nach Möglichkeit in Betracht ziehen:

Suchen Sie sich Verbündete.

Sie brauchen sich nicht allein gegen Reichsideolog/innen zu stellen. Es ist immer gut, Unterstützung für eigene Vorhaben bereits im Vorfeld abzuklären. Eventuell gibt es in Ihrem persönlichen Umfeld Personen, denen reichsideologische Aktivitäten bereits als Problem aufgefallen sind.

Positionieren Sie sich und machen Sie auf das Problem aufmerksam.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ist es wichtig, demokratische Meinungsführer/innen aufzuklären, um deren Unterstützung zu erlangen.

Ziehen Sie Externe zu Rate.

Eine Auseinandersetzung mit Reichsideolog/innen muss nicht ohne vorherige Erfahrungen auskommen. Greifen Sie auf das Unterstützungsangebot von Externen zurück. Auf diese Weise können sich auch neue Blickwinkel auf ein Problem ergeben.

Zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Brandenburg hat bereits im Jahr 2012 Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Reichsideolog/innen für Beamte und Staatsangestellte veröffentlicht.¹⁰ Nachfolgend sind die zivilgesellschaftlichen Handlungsempfehlungen dargestellt, in denen einzelne Punkte aus der Handreichung des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg adaptiert wurden, die auch für die Zivilgesellschaft empfohlen werden können:

Begeben Sie sich nicht in das Artikel- und Paragraphendickicht.

Gerade bei Reichsideolog/innen ist eine Auseinandersetzung mit ihren vermeintlich juristisch untermauerten Argumenten schwierig. Die darauf verwendete Zeit können Sie anders besser nutzen. Reichsideolog/innen treten als Fachleute auf, zitieren aus Gesetzestexten und internationalen Verträgen. Durch die ungeheure Fülle an juristischen Dokumenten, aus denen sich die Argumentation von Reichsideolog/innen je nach Vorliebe zusammensetzt, kann es selbst Fachpersonen schwer fallen, Behauptungen sofort als falsch nachzuweisen. Lassen Sie sich gar nicht erst auf eine solche Auseinandersetzung ein. Auch widerlegte Argumente fördern nur wieder neue juristische Schnipsel zu Tage.¹¹

Zeigen Sie nach Möglichkeit die rechtsextremen Elemente innerhalb der reichsideologischen Argumentation auf. Dies vervollständigt den Punkt, sich nicht in die detaillierte Auseinandersetzung zu begeben.

Gebietsrevisionismus

Gebietsrevisionismus, also die Grenzen eines Deutschen Reiches wiederherstellen zu wollen, ist ein Teil des rechtsextremen deutschen Geschichtsrevisionismus. Als Folge der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands wurden diese Gebiete rechtmäßig anderen Staaten zugesprochen, was auch in völkerrechtlichen Verträgen von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wurde.

Antisemitismus

Wer genau für die »BRD-GmbH«, eine Unterjochung des »deutschen Volkes« oder die große Verschwörung verantwortlich ist, ist immer eine Nachfrage wert. Das »US-Ostküsten-« oder gleich das gesamte »Finanzkapital«, Menschen mit einer »gewissen Religion«, »die Rothschilds« oder geheime Gruppen und Zirkel: All diese Umschreibungen greifen auf antisemitische Stereotype zurück. Dies bedeutet, dass all diese Gruppen die gleichen Eigenschaften besitzen sollen, die im Antisemitismus Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden.

Rassismus

Reichsideolog/innen haben oftmals eine sehr klare Vorstellung davon, wer Bürger/in des Deutschen Reiches ist und sein darf. Zugehörigkeit nach »Blut und Boden« verweisen auf einen völkischen Rassismus.

Nationalismus

Die Nation ist eine historische Konstruktion, die Ende des 18. Jahrhunderts entstand. In Deutschland war dieser Prozess eng verbunden mit einer Feindbildkonstruktion, die der Gleichheit der Menschen entgegensteht. Die Vorstellung der Existenz eines Deutschen Reiches verbindet sich bei den Reichsideolog/innen mit dieser Form des Nationalismus.

10 Den aktuellen Flyer können Sie auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg herunterladen: www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger.pdf (letzter Zugriff 09.04.2014).

11 Sollten Sie dennoch Bedarf an einer solchen Auseinandersetzung haben, finden Sie unterstützendes Material auf den Seiten 18 - 20 und Seite 28.

Bringen Sie Straftaten zur Anzeige. Diese können Beleidigungen, Holocaustleugnung, Bedrohungen und körperliche Gewalt umfassen.

Reichsausweise, Fahrzeugkennzeichen und ähnliches

Für den besonderen Fall der Reichsideolog/innen ist zu beachten, dass das Verwenden von Fantasiedokumenten allein keine Straftat oder Ordnungswidrigkeit darstellt. Dies gilt nur in Situationen, in denen diese Dokumente anstelle der offiziellen genutzt werden sollen. Da es sich um Fantasiedokumente handelt, liegt zumeist auch keine Urkundenfälschung vor.

Reichskanzler, Reichspräsidenten etc.

Sollten Sie Post von Reichskanzler/innen, Richter/innen oder ähnlichen Amts- und Würdenträger/innen der Reichsideolog/innen bekommen, bietet sich eine juristische Prüfung an. Eventuell handelt es sich um einen Fall von Amtsanmaßung, der in jedem Fall angezeigt werden sollte.

Leiten Sie Material mit rechtsextremem Inhalt an Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz weiter.

Auf diese Weise helfen Sie, zivilgesellschaftliche und rechtsstaatliche Strategien gegen reichsideologische Aktivitäten zu entwickeln.

Nutzen Sie politische Bildungsangebote.

Unsicherheiten über die Funktionsweise des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland machen es schwierig, in Streitgesprächen mit Reichsideolog/innen Position zu beziehen. Zögern Sie nicht, auf das Informationsangebot verschiedener politischer Bildungseinrichtungen und Informationsstellen zurückzugreifen. Zu vielen Themen gibt es Broschüren und Expert/innen, die Ihre Fragen beantworten können.

Vermeiden Sie nachbarschaftliche Akzeptanz.

Die Reichsideologie findet gerade im ländlichen Bereich durch mangelnde Kritik Verbreitung. Stehen Sie dem nicht tatenlos gegenüber. Suchen Sie nach Möglichkeiten, einer allgemeinen Akzeptanz reichsideologischer Handlungen und Äußerungen eine demokratische Alltagskultur entgegenzusetzen. Auch wenn manches eher einen komischen Charakter besitzt, bleiben die dahinter liegenden rechtsextremen Elemente gefährlich.

Medien: Vermeiden Sie es, Reichsideologinnen unkritisch ein Forum zu bieten.

Zwar behauptet Peter Fitzek, selbsternannter reichsideologischer »König«, dass es für ihn keine negative Berichterstattung gibt. Dennoch schaden ihm und anderen Gruppierungen Artikel und Beiträge, die auf die rechtsextremen Elemente ihrer Ideologie hinweisen. Berichten Sie stets über das Menschenfeindliche der Reichsideologie. Kostenlose Propaganda ist gern gesehen.

Kommunen und Verwaltungen

Das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg empfiehlt für Kommunen und Verwaltungen eine weitere Anzahl spezieller Handlungsanweisungen, die besonders auf deren Tätigkeitsfelder ausgerichtet sind. Diese werden nachfolgend aufgegriffen und ergänzt:

Vermeiden Sie Diskussionen.

Als organischer Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind Sie in den meisten Fällen vornehmliches Ziel reichsideologischer Aktivitäten. Die Existenz der Bundesrepublik oder die Nicht-Existenz eines Deutschen Reiches nachzuweisen führt meist zu nichts. Bei öffentlichen Veranstaltungen sollten Sie auf die rechtsextremen Inhalte der Reichsideologie hinweisen und damit die Diskussion mit den entsprechenden Personen beenden.

Erstellen Sie ein demokratisches Leitbild für Ihre Organisation.

Bereits im Erstellungsprozess setzen sich die Mitglieder Ihrer Organisation mit einer demokratischen Alltagskultur auseinander. Das Leitbild gibt Ihnen schließlich auch eine juristische Hilfestellung, sollten Mitglieder sich als Reichsideolog/innen zu erkennen geben.

Handeln Sie bei Verstößen schnell und konsequent.

Verzögerungen und inkonsequentes Handeln werden innerhalb der Reichsideolog/innen-Szene als Erfolg verzeichnet und propagandistisch aufbereitet. Schriftwechsel werden zumeist recht schnell innerhalb der einschlägigen Blogs und Foren ausgetauscht und als Triumph der eigenen Ideologie verkauft.

Begrenzen Sie den Schriftwechsel auf ein Mindestmaß.

In der Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen setzen Reichsideolog/innen häufig auf eine Art Zermürbungstaktik. Der stetige Strom von Widersprüchen und anderen Anschreiben soll letztlich ein Aufgeben erzwingen.

Wenden Sie Bußgelder o. Ä. bei Ordnungswidrigkeiten konsequent an.

Auch in diesem Fall gilt: Ein konsequentes Handeln verhindert propagandistische Erfolge reichsideologischer Aktivitäten, die im schlimmsten Falle eine weitere Nachahmung motiviert.

Beglaubigen Sie keine Fantasiedokumente.

Nichts freut Reichsideolog/innen so sehr wie eine staatliche Anerkennung ihrer Urkunden und Dokumente.

Berücksichtigen Sie eine eventuelle Öffentlichkeitsarbeit.

Unhinterfragte reichsideologische Aktivitäten in der Gemeinde können Unwissende vereinnahmen. Insbesondere Kommunen sollten daher überlegen, inwiefern Öffentlichkeitsarbeit in diesen Fällen angebracht sein könnte.

Diese Bestrebung wurde spätestens mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1990 zwischen Deutschland und Polen offiziell aufgegeben.

2. Reichsideolog/innen behaupten:

»Das Grundgesetz besitzt keine direkte demokratische Legitimation!«

Das ist richtig, ABER: Demokratische Legitimation ist für eine Verfassung nicht notwendig. Die Initiative zur Verfassungsgebung erfolgte vonseiten der Alliierten, da sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Staatsgewalt innehatten. Dennoch kann von einer indirekten Legitimation des Grundgesetzes gesprochen werden. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die das Grundgesetz ausarbeiteten, waren Delegierte der Landtage, die zwischen 1945 und 1948 demokratisch gewählt worden waren.

Richtig ist auch, dass es einige besondere Vorgaben der Alliierten bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes gab. **ABER:** Dies ist nicht verwunderlich, lag doch das Ende des Zweiten Weltkrieges und des von Deutschland verursachten Leides gerade einmal vier Jahre zurück.

3. Reichsideolog/innen behaupten:

»Das Grundgesetz ist nicht mehr gültig, da sein Geltungsbereich zusammen mit dem Artikel 23 GG der alten Fassung aufgehoben wurde!«

Nach Ansicht der Reichsideolog/innen erfolgte am 17. Juli 1990 durch den US-Außenminister James Baker die Anweisung an die Bundesregierung der BRD, den Art. 23 GG (räumlicher Geltungsbereich des GG/ Der Bund und die Länder) in seiner damaligen Fassung aufzuheben. Durch die Aufhebung des Geltungsbereichs sei gleichsam das GG selbst aufgehoben worden.

Diese Aussage ist falsch. Verfassungen können ohne expliziten räumlichen Geltungsbereich Gültigkeit beanspruchen. Außerdem ist der Geltungsbereich im Titel und in der Präambel weiterhin vorhanden gewesen. Unabhängig davon garantiert die sogenannte »Ewigkeitsklausel« den Fortbestand des Grundgesetzes:

»Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.« (GG, Art. 79)

Die Aufhebung des Art. 23 (alte Fassung) stand im Bezug zur anstehenden Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Dazu fand am 17. Juli 1990 in Paris eines der Vorverhandlungstreffen zum 2+4-Vertrag statt, der den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik regelte.

Das Datum findet sich bei einigen Reichsideolog/innen als Endpunkt der BRD – so etwa in der Auffassung der KRR (siehe Seite 8). Auch das »Deutsche Polizei Hilfswerk« (siehe Seite 22) nutzt das Argumentationsmuster Aufhebung des Geltungsbereichs = Aufhebung des Gesetzeswerks.



Auch »Reichskanzler« Wolfgang G. G. Ebel glaubt, das Grundgesetz sei aufgehoben worden.

© Screenshot »2tes Deutsches Reich«

4. Reichsideolog/innen behaupten: »Deutschland hat keinen Friedensvertrag!«

Die Argumentation teilt sich in zwei alternative Argumente, je nach Vorliebe der Reichsideolog/innen. Das erste besagt, dass bereits seit dem Ersten Weltkrieg kein Friedensvertrag aller Alliierten mit Deutschland bestünde. Der US-Kongress habe den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, Deutschland befände sich noch immer im Kriegszustand mit den USA.

Dieses Argument ist teils richtig, teils falsch. **Richtig ist**, dass der US-Kongress den »Versailler Vertrag« nicht ratifiziert hat. **ABER:** Im Jahr 1921 wurde ein gesonderter Frieden zwischen den USA und dem Deutschen Reich geschlossen.

Das zweite Unterargument verschiebt den Nichtabschluss eines Friedensvertrags um einen Weltkrieg. Demnach habe am 8. Mai 1945 lediglich die deutsche Wehrmacht kapituliert, nicht jedoch das Deutsche Reich. Auch hier besteht die Argumentation aus halb wiedergegebenen Fakten. **Richtig ist:** Einen expliziten Friedensvertrag gibt es nicht. **ABER:** Die Alliierten haben jeweils einseitige Friedenserklärungen erlassen. Von Seiten der Westalliierten erfolgten diese im Jahr 1951, die Sowjetunion folgte im Jahr 1955 nach. Spätestens mit dem *2+4-Vertrag* aus dem Jahr 1990 wurde jedoch ein gesonderter Friedensvertrag zwischen Deutschland und den ehemaligen Alliierten hinfällig.

5. Reichsideolog/innen behaupten: »Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht souverän!«

Es wird behauptet, Deutschland sei noch immer besetzt, weshalb das Besatzungsrecht weiterhin gelten würde.

Diese Aussage ist falsch. Die Souveränität der DDR wurde durch eine Erklärung der UdSSR seit 1954 hergestellt, die Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem *Deutschlandvertrag* aus dem Jahr 1955 als souverän. Spätestens seit dem *2+4-Vertrag* aus dem Jahr 1990 ist die Bundesrepublik Deutschland jedoch ein souveräner Staat.

6. Reichsideolog/innen behaupten: »Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Firma (»BRD GmbH«)!«

Es wird behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Staat sondern eine Firma. Diese Behauptung soll damit belegt werden, dass Verfassungsorgane, Behörden von Bund, Ländern und Kommunen in Firmenverzeichnissen zu finden sind.

Dies ist falsch: Die oben Genannten lassen sich in Firmenverzeichnissen finden. **ABER:** Auch staatliche Stellen sind Akteure im Wirtschaftssystem und deshalb in den Verzeichnissen zu finden. Im Warenverkehr unterliegen sie den gleichen Regeln wie Firmen, was sie jedoch nicht zu Firmen macht. Das gleiche Argument existiert in einer Variante bezüglich der Umsatzsteuernummern von staatlichen Akteuren.

Eine wesentlich plumpere Variante des Arguments macht sich am Titel des bundesdeutschen Personalausweises fest. Dieser weise seine Innehabenden als Personal der BRD aus.

Diese Aussage ist falsch: »Personal« bezieht sich hierbei auf die im Ausweis enthaltenen Personalien.

Was tun sie? Konkrete Beispiele reichsideologischer Aktivitäten

A. »Ausweisung aus Deutschland«: Morddrohungen einer Gemeinschaft von Philosophen

Einige Einzelpersonen und Gruppen geben sich inzwischen nicht mehr mit Rechtsstreitigkeiten mit der deutschen Justiz zufrieden. Sie verschicken Todesdrohungen und Todesurteile an ihnen unliebsame Menschen. Aus den Kreisen von Reichsregierungen sind für diese Vorgänge zumeist sogenannte »Volksgerichtshöfe« oder »Reichsgerichtspräsidenten« zuständig. Der Vorwurf gegen Beamte/innen und Angestellte ist zumeist Hochverrat, da sie einer falschen Institution dienen und nicht den Anweisungen des »echten« Staates folgen würden.

Das bekannteste Beispiel für Morddrohungen lieferte im Jahr 2012 »Die Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen« (NGvP). Bereits in der Adressierung machte sich ihre rassistische Ausrichtung deutlich:

»Dieser Aufruf richtet sich an alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze u. Halbschwarze)«.

Zu Beginn des Schreibens stellte sich die NGvP als Gruppe »unabhängiger« Philosophen, Wissenschaftler, Historiker und »Zukunftsforscher« vor. Ihr Ziel sei es, entgegen gängiger Tabus die Wahrheit zu erforschen. Außerdem hätten sie die Gründung der »REICHSBEWEGUNG« (Hervorhebung im Original) angeregt, deren Ziel die »Wiedererstehung des DEUTSCHEN REICHES« von 1871 aus dem Untergrund heraus sei. Wie diese beiden Teile, Wahrheitsforschung und Deutsches Reich, zusammenhängen, zeigte sich in den nachfolgenden Absätzen. In ihnen behauptete die NGvP, dass die Bundesrepublik Deutschland lediglich eine Firma sei, die im Auftrag der Alliierten durch eine »jüdisch-freimaurerische« Marionettenregierung geleitet würde. Ziel dieser Regierung sei die »Völkervernichtung durch Rassenvermischung«. Dagegen wende sich die NGvP mit dem Brief.

Sehr verwirrend ist der Abschnitt, der die »Ausweisung« betrifft. Darin vermischen sich vermeintlich gute Ratschläge mit rassistischen und sexistischen Zuschreibungen bis hin zu Morddrohungen. Konkret soll die »Ausweisung« in der Vorstellung der NGvP folgendermaßen vonstatten gehen: Alle Empfänger/innen sollen Deutschland bis zum 8. August 2012 friedlich verlassen. Anderenfalls könne für ihr Leben nicht mehr garantiert werden. Besonders perfide: Die NGvP spielt sich als Schutzmacht derjenigen auf, die sie zuvor noch rassistisch beleidigt hat. Sie selbst »verurteil[t]en grundsätzlich Gewaltaktionen gegen Ausländer und werden alles in unseren Kräften Stehende dafür tun, solche zu verhindern. [...] Ab Tag-X werden wir dies jedoch nicht mehr sicherstellen können«, heißt es anschließend. »Tag X« bezeichnet eine apokalyptische Vorstellung der NGvP von einem Krieg in Europa. Er soll zwischen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, einem Verbund von mehreren asiatischen Staaten, und der NATO ausbrechen. An späterer Stelle droht die Gruppe in dem Aufruf, dass die Empfänger/innen, sollten sie nach Tag X noch in den Städten angetroffen werden, »standrechtlich erschossen« werden würden.

Neben den Morddrohungen und den Bekundungen der NGvP, diese nur äußerst ungern ausführen zu müssen, bestimmen viele andere reichsideologische Versatzstücke das Schreiben. Merkwürdig ist etwa die Vorstellung des Deutschen Reiches »als Teilreich des Heiligen Atlantischen



Quelle: Screenshot abgeschaltete Homepage »Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen« ©»Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen«

Reichs Europäischer Völker«. Auch auf der Webseite der Gruppe fanden sich Texte und Bilder, in denen nordische Mythologie mit dem Glaube an Atlantis und andere Verschwörungsgeschichten verbunden wurden. Im Aufruf gibt es klare Belege für Schnittpunkte mit brauner Esoterik, rechter und antisemitischer Verschwörungsideologie und rassistischer Hetze.

Bereits kurze Zeit nach dem ersten Auftreten der Drohbriefe wurde der Gruppierung der Ermittlungsdruck zu groß. Ende März 2012 wurde die Seite nach einer kurzen Unterbrechung vom Netz genommen. In einem Abschiedsschreiben zog die NGvP Bilanz:

»Besonders unsere Schrift Ausweisung aus Deutschland hat das Multikulti-Establishment ganz besonders empfindlich getroffen. [...] Entsetzen auf allen Ebenen des Multikulti-Gutmenschentums und der OMF-BRD-Politik bis in den Bundestag spricht sogar eher für ein erfolgreiches Flächenbombardement, das die Gutmenschen aus ihrem Multikulti Wahnzustand hochgeschreckt hat. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle Verbreiter dieser Schrift –und verbreitet sie bitte noch weiter!«

Insgesamt stellen die Morddrohungen der NGvP eine neue Qualität des Schriftverkehrs von Reichsideolog/innen dar. Die dezentrale Strategie, das Schreiben für Sympathisant/innen im Internet zugänglich zu machen, scheint aufgegangen zu sein. Das Anschreiben wurde an muslimische und jüdische Einrichtungen und Einzelpersonen in Deutschland verschickt. Der Text wurde im Internet bereitgestellt und teilweise persönlich eingeworfen. Dies bedeutet einen zusätzlichen Psychoterror, schließlich könnten die Absender/innen in der direkten Nachbarschaft wohnen. Wie häufig das Schreiben zugestellt wurde, ist unklar. Es trat jedoch nicht nur an einem Ort in der Bundesrepublik auf. Bekannt sind bisher Fälle aus Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Der österreichische *Kurier* berichtet, dass das Schreiben auch in der Alpenrepublik verbreitet wurde.⁸ Es kann aber davon ausgegangen werden, dass nicht alle Empfänger/innen diese Bedrohung angezeigt oder anderweitig gemeldet haben. Soweit bekannt ist, erfolgten keine Konsequenzen nach Ablauf des »Ultimatums«. Das Watchblog *Publikative.org* berichtet über Gerüchte, dass ein Zusammenhang zwischen den tödlichen Schüssen auf den Berliner Burak B. und zwei seiner Freunde am 5. April 2012 und den Morddrohungen der NGvP bestehen könnte.⁹

B. Das DPHW: Versuch einer reichsideologischen Polizei

Bärwalde ist ein Ortsteil des sächsischen Städtchens Radeburg im Landkreis Meißen. Traurige Berühmtheit erlangte er am 23. November 2012. Das Amtsgericht Meißen hatte an diesem Tag eine Zwangsvollstreckung verfügt. Zur Überraschung des Gerichtsvollziehers waren bei dem Termin allerdings nicht nur die betroffene Person anwesend, sondern ebenfalls ein gutes Dutzend anderer Männer, die Uniformen mit dem Aufdruck »Deutsches Polizei Hilfswerk« (DPHW) trugen. Sie erklärten dem verutzten Beamten, dass er kein Recht habe, Zwangsvollstreckungen durchzuführen. Seine Handlungen seien folglich illegal, weshalb er festgesetzt werden müsse. Dazu fesselten ihn die Männer und riefen die Polizei. Erst diese konnte den Gefangenen aus den Händen der Mitglieder des DPHW befreien. Die Zwangsvollstreckung konnte an diesem Tag nicht durchgeführt werden. Der Gerichtsvollzieher wurde durch diesen Vorfall traumatisiert.

Als Verantwortlichen für das DPHW wurde sehr schnell Volker Schöne identifiziert. Dieser hatte bis 2011 nach eigenen Angaben bei der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen e. V. im Landesvorstand gesessen. Ein Dokument der Gewerkschaft aus dem Jahr 2009 weist ihn als Mitglied der Arbeitsgruppe Mitgliederbetreuung aus. Schöne selbst war kein Polizist, fühlte sich aber mit der Polizei stark verbunden. Für Irritationen sorgte schließlich ein Text auf der Homepage der Polizei-

8 Pachner, Jürgen: Reinthaler bei Staatsanwalt wegen Verhetzung angezeigt, im *Kurier* vom 02.04.2012, online unter <http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/reinthaler-bei-staatsanwalt-wegen-verhetzung-angezeigt/773.065> (letzter Zugriff 09.04.2014).

9 Roland Sieber: Reichsbürger drohen: Spinnerei oder echte Gefahr?, online auf *Publikative* am 23.04.2012 www.publikative.org/2012/04/23/drohbrieife-der-reichsbewegung-machen-sorgen/ (letzter Zugriff 09.04.2014).

gewerkschaft, in welchem er die anstehende sächsische Polizeireform kritisierte und abschließend erklärte, dass verschiedene Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ihre Gültigkeit verloren hätten. Darüber hinaus gelte das Besatzungsrecht. Der Text wurde kurz nach seinem Erscheinen von der Webseite der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen entfernt, fand jedoch großen Anklang in der reichsideologischen Szene und galt als Insiderwissen. Später wurde Volker Schöne aus der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen e.V. entlassen. Der Text findet sich unter dem Titel »Ich habe Angst« noch immer auf seiner privaten Homepage.

Anfang des Jahres 2012 begegnete Schöne dieser Angst mit der Gründung des DPHW. Von Beginn an fanden sich innerhalb des DPHW Personen, die reichsideologische Ansichten vertraten. Dies wird vor allem an den ersten Mitgliedern deutlich, die auf einer »Pressekonferenz« im Internet ihre Darstellung der Geschehnisse in Bärwalde kommentierten. Das Ehepaar Kerstin und Andreas K. sowie Mario B. waren bereits in der Vergangenheit in einem »Deutschen Reich« aktiv gewesen, das ein Spaltprodukt der »Kommissarischen Reichsregierung« (siehe S. 8) gewesen ist. Auch der erst später präsentierte Pressesprecher des DPHW, Holger Fröhner, genießt in der Szene einen hohen Bekanntheitsgrad. Sein Buch *Die Jahrhundertlüge* bündelt allerlei reichsideologische Erzählungen und wurde bis 2009 sieben Mal aufgelegt. Im Jahr 2014 erfuhr Fröhners *Deutschlandprotokoll*, das die gleichen Themen behandelt, eine erweiterte Neuauflage.



Quelle: Logo auf Informationsflyer des »Deutschen Polizei Hilfswerks« © DPHW

Das DPHW sieht sich bei seiner Tätigkeit an der Seite der Bürger/innen und – zumindest im Jahr 2012 – der deutschen Polizei. Diese Einstellung änderte sich jedoch, als es zu Ermittlungen gegen das DPHW kam. Im Februar und Juli 2013 führte die sächsische Polizei Hausdurchsuchungen bei DPHW-Mitgliedern in Sachsen und Brandenburg durch, die an der Aktion in Bärwalde beteiligt waren. Grund der Ermittlungen war der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Uniformen und Schusswaffen sichergestellt. Nach Angaben des DPHW waren die Waffen legal im Besitz zweier Mitglieder, da es sich bei ihnen um Sportschützen handele. Die Bundesregierung gab an, dass weitere Verfahren wegen Amtsanmaßung und Nötigung gegen Mitglieder des DPHW anhängig seien. Zum Zeitpunkt der Drucklegung der Handreichung waren die Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Die Bärwalder Aktion sorgte im Mai 2013 für Nachahmung. Sieben Männer hatten eine Finanzbeamtin bei einer Zwangsvollstreckung so lange bedrängt, bis diese in ihr Auto floh. Ein hessisches Amtsgericht verurteilte die Beteiligten zu Geldstrafen von jeweils 400 Euro. Der Anführer erhielt eine sechsmonatige Bewährungsstrafe. Die Straftat war als politisch motiviert anerkannt worden.

Letztlich führten die Ermittlungen zum Ende des DPHW in seiner ursprünglichen Form. In einem Interview mit dem rechts-esoterischen Videoportal *Bewusst.TV* Ende 2013 beschrieb Schöne den »neuen Modus« des DPHW als Organisation ohne Spitze. Ihren vormaligen Glanz scheint die Organisation jedoch verloren zu haben. Andreas Vorrath, Beobachter und Kenner der »Reichsbürger«-Szene, vergleicht das Interesse am DPHW mit einem Strohhalm. Nach der anfänglichen Begeisterung von Reichsideolog/innen für die Pseudopolizei stellte sich schnell Ernüchterung ein. »Die Reichsbürger waren bundesweit sehr befremdet darüber, dass doch mit der regulären Staatsgewalt kooperiert wurde«, stellte Andreas Vorrath bei seinen Recherchen fest. Dies stand in einem Widerspruch zum juristischen und geistigen Rüstzeug der Reichsideologie. Vorrath sieht darin

den Grund für den Niedergang des DPHW: »Das hat Volker Schöne in der Szene die Möglichkeit genommen, eine Art Identifikationsfigur für die Ausübung der Staatsgewalt zu werden.«

Wie schon bei der »Neuen Gemeinschaft von Philosophen« zeigt sich auch hier eine weitere Verschiebung der Qualität reichsideologischer Praxis. Nach Angaben von Vorrath handelte es sich bei der vorübergehenden Festsetzung des Gerichtsvollziehers in Bärwalde um die erste medienwirksame Dokumentation eines organisierten körperlichen Übergriffs einer Gruppe von Reichsideolog/innen. Zwar distanzierte sich das DPHW offiziell von Reichsideolog/innen und bekannte sich zur Demokratie, gleichzeitig veröffentlichten jedoch Führungspersonen auf ihren privaten Homepages reichsideologische Propaganda und trafen sich im Oktober 2012 zum Koordinierungsgespräch mit Peter Frühwalds »Freiem Deutschland«. Den Zusammenhang zu anderen reichsideologischen Gruppen sieht auch Andreas Vorrath: »Es war auffällig, dass das DPHW entweder versucht hat, sich als Polizeitruppe anzudienen, oder man von anderer Seite versucht hat, es zu rekrutieren. Das scheint aber auf ganzer Linie gescheitert zu sein. Und deshalb ist das DPHW wohl tot.«

Anknüpfungspunkte reichsideologischer Diskurse

Die reichsideologische Gedankenwelt bietet viele Einstiegsmöglichkeiten für Menschen, deren vornehmliches Interesse nicht von Steuerverweigerung getrieben wird. In ihr finden sich verschiedenste Versatzstücke anderer Ideologien. Einige sind fester Bestandteil ihrer Gesamtkonstruktion, andere sind lediglich schmückendes Beiwerk. Die besondere Gefahr dieser Anschlussfähigkeit ist, dass Reichsideolog/innen innerhalb solcher Gruppen nicht isoliert dastehen, sondern weit in der Gesellschaft wirken können. Die nachfolgende Auswahl soll verdeutlichen, in welchen Bereichen Überschneidungen möglich sind.

I. Esoterik und Neuheidentum

»Aura-Chakren-Energiearbeit«, »Neue Germanische Medizin«, Ariosophie und Sommersonnenwendfeiern an den Externsteinen: Manche Reichsideolog/innen zählen diese Themen zu ihren näheren Interessen. Dabei müssen beide Themenbereiche nicht zwangsläufig miteinander verbunden werden. Ein Deutsches Reich kann auch ohne übersinnliche Erklärungskomponenten auskommen, die sich auf Engel, Runen oder pseudomedizinische Therapien stützen. Dennoch zeigen die Überschneidungen von Themen aus der Esoterik mit denen der Reichsideologie eine Anziehung der beiden Bereiche zueinander. So berichtete die »Neue Gemeinschaft von Philosophen – Die Reichsbewegung« (siehe Seite 21) auf ihrer inzwischen abgeschalteten Internetseite von nordischer und nationalsozialistischer Mythologie. Im Film »Die Mondverschwörung« von Thomas Frickel erpendelt eine Reichsideologin über den Bildern von Juden »Plutonium«.

Auch finden sich Parallelen zwischen okkultem, also geheimem, verborgenem Wissen und dem vorgeblich geheimem »Wissen« um die Existenz eines Deutschen Reiches. Inwiefern dies als Erklärung des Zusammenhangs zwischen Esoterik und Reichsideologie ausreicht, muss die Wissenschaft allerdings erst belegen. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Überschneidungen zwischen diesen Themen bestehen. Besonders deutlich wird dies bei Peter Fitzeks »Königreich Deutschland« (siehe Seite 13). Der selbsternannte »König« betrieb vor seinen reichsideologischen Tätigkeiten einen Laden für Esoterik-Bedarf und bietet auch weiterhin derartige Seminare an.

II. Verschwörungsdenken und Völkische Kapitalismuskritik

Bedeutender für die Reichsideologie als die Esoterik scheint der Hang zum Verschwörungsdenken zu sein. Dies ist nicht weiter verwunderlich, muss doch das Vorhandensein der Bundesrepu-

blik Deutschland und ihrer handlungsfähigen Organe erklärt werden. Diese Lücke scheint die Verschwörungsideologie zu füllen. In ihr ist bereits das Grundmuster der reichsideologischen Erzählungen vorgegeben: Das Ergebnis steht fest, zu erklären bleibt lediglich das Wie. Anders formuliert: Die verschwörungsideologische Grundfrage, warum guten Menschen Schlechtes passiert, wird auf sich selbst, die Gruppe oder gleich das gesamte »deutsche Volk« angewandt. Folglich ist in der Vorstellung der Reichsideolog/innen nichts Geringeres als eine (Welt-)Verschwörung gegen das »deutsche Volk« im Gange.

Auf den ersten Blick scheint solch eine Überzeugung harmlos zu sein. Zudem lassen sich in der Geschichte durchaus Verschwörungen nachweisen. Problematisch werden diese Überzeugungen allerdings, wenn die Verschwörer/innen benannt werden sollen. Hier überschneidet sich das Feld mit völkischer Kapitalismuskritik. Verantwortlich sind in den meisten Fällen das »internationale Finanzkapital«, die »Neue Weltordnung« (NWO) oder »die US-amerikanische Ostküste«. In diesen Begriffen verbergen sich Elemente, die auch in antisemitischen Stereotypen Juden ganz allgemein zugeschrieben werden. Über Juden wie auch das »internationale Finanzkapital« wird behauptet, dass es sich um eine kleine mächtige Gruppe handele, die aus reinem Eigennutz agiere und deshalb für alles Schlechte in der Welt verantwortlich gemacht wird. Die Nutzung solcher Stereotype hat in Europa eine lange Tradition. Der antisemitische Ausspruch Heinrich von Treitschkes »Die Juden sind unser Unglück« findet in den reichsideologischen Verschwörungsmaythen eine neue Erscheinungsform.

Der Zugang zur Reichsideologie wird durch bestimmte Zeitschriften oder Verlage befördert. Reichsideolog/innen sind ebenso an den Produkten des rechtseoterischen Kopp Verlages und des Schild Verlages interessiert, wie Verschwörungsideolog/innen am *Magazin2000Plus* der Reichsideologin Ingrid Schlotterbeck, das an vielen Zeitungsständen erhältlich ist.

Da die Verschwörung bereits im Kern der Reichsideologie angelegt ist, scheint es so, als seien Menschen mit diesen Überzeugungen auch leichter zugänglich für andere Verschwörungsideologien. Wie schon die Esoterik so bietet auch die Verschwörungsideologie ein Feld für reichsideologische Propaganda. Wer glaubt, die Welt würde von außerirdischen Reptilien kontrolliert, die in Massimpfungen die Bevölkerung mit Mikrochips ausstatten wollen, kann sich vielleicht auch zusätzlich mit der Idee anfreunden, dass die Bundesrepublik Deutschland in Wirklichkeit eine Firma ist.

III. Aussteiger/innentum

Im Jahr 2014 wurde bekannt, dass sich Reichsideolog/innen an den Ostermärschen der Friedensbewegung beteiligten. Andere engagieren sich in Tauschringen oder propagieren eine ökologische Lebensweise. Diese Ereignisse mögen auf den ersten Blick verwundern, passen jedoch in das Gesamtkonzept der Reichsideologie. Alles was mit einem »Ausstieg aus der BRD« zu tun hat, fällt in das Interessensgebiet von Reichsideolog/innen.

Der Anschluss an die deutsche Friedensbewegung ist kein großer Widerspruch. So glaubt sich ein Teil der Szene weiterhin in einem Kriegszustand mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Dies drückt sich etwa in der Behauptung aus, dass Deutschland keinen Friedensvertrag besitze (zur Gegenargumentation siehe Seite 20). Andere sehen in Russland einen Verbündeten für die eigene Sache oder werden von einem auch allgemein vorhandenen Antiamerikanismus auf die Ostermärsche getrieben.

Weitere Aspekte alternativer Lebensweisen finden bei Reichsideolog/innen Anklang. Im biologischen Anbau von Lebensmitteln und unmittelbaren gemeinschaftlichen Erlebnissen – wie etwa in Tauschringen – drückt sich eine Sehnsucht nach Zeiten aus, in denen der gesellschaftliche Umgang der Menschen untereinander weniger komplex gewesen ist. Nach dieser Art von Gemeinschaft, die ihnen die moderne Gesellschaft nicht bietet, suchen auch andere Menschen. Damit besteht jedoch auch die Gefahr, eine vermeintlich einfache Lösung auf komplizierte Zusammenhänge gefunden zu haben. Dies wird jedoch den gesellschaftlichen Verhältnissen in einer globalisierten Welt nicht gerecht. Ganz praktisch haben sich solche Überschneidungen in dem Versuch des »Fürstentums Germania« gezeigt, bei dem auch die Vorstellung von einem autarken, d. h. unabhängigen Leben mit reichsideologischen Fragmenten durchsetzt wurde (siehe Seite 9).

»Sehr viel ist auf Unzufriedenheit begründet«

Andreas Vorrath ist Referent und war von 2009 bis 2014 Leiter des Bürgerbüros und Mitarbeiter des rechtspolitischen und naturschutzpolitischen Sprechers der bündnisgrünen Landtagsfraktion in Sachsen. Er beobachtet seit mehreren Jahren die rechtsextreme Szene im Allgemeinen und die Aktivitäten von Reichsideolog/innen im Besondern. Ein Gespräch über die Anfänge, Ursachen und die Gefahren reichsideologischer Denkmuster.

Herr Vorrath, was treibt Menschen in die Reichsideologie?

Es ist immer wieder schwer zu verstehen, wie Menschen solche Dinge glauben können. Grundsätzlich kann ich aus den Gesprächen, die ich geführt habe, sagen, dass dies in der Regel nichts mit dem Bildungsstand der Leute zu tun hat.

Interessant ist das Thema im Westen für diejenigen geworden, die nach wie vor stärker einem geschichtsrevisionistischen Ansatz folgen. Nostalgische Altnazis haben sich in den Anfangsjahren der Bundesrepublik auf der Suche nach einem geistigen Rahmen bei den Reichsideolog/innen gesammelt. Ihre Verbindung waren der Geschichtsrevisionismus und der Antisemitismus. Das hat sich dann verselbstständigt.

In den ostdeutschen Bundesländern hat die Reichsideologie sehr viele Anhänger bei Menschen gefunden, die eine Art Identitätsproblem haben und die vielleicht zu DDR-Zeiten tragende Rollen spielten. Es treiben sich in der Szene Ex-Stasi-Mitarbeiter herum, IMs, alte SED-Leute, die dann versuchten, eine schlüssige Erklärung auf die Fragen zu finden: Warum ist das gerade mir passiert? Warum ist diese Wiedervereinigung einfach an uns vorbei gegangen? Warum sind wir nicht gefragt worden? Die haben dann sehr schnell gemerkt: Erst ruft man »Wir sind das Volk«, ein halbes Jahr später ist man arbeitslos und gehört plötzlich zur Bundesrepublik Deutschland. Das ist bei vielen der Knackpunkt, zumindest entnehme ich das den Gesprächen mit den Menschen.

Was erleichtert den Einstieg?

Da ist sehr viel auf Unzufriedenheit begründet. Sehr viel spielt sich bei den Menschen im psychosozialen Bereich ab - das ist allen eigen. Für die ostdeutschen Länder kann auch festgestellt werden, dass diese Haltung durch die wendespezifischen, gesellschaftspolitischen Entwicklungen begründet ist. Aber gleichzeitig reagieren auch nur Leute auf solche Ideologien, die labiler sind. Man fühlt sich rechtlos, auch wenn es nicht so ist.

Dieses Gefühl der Passivität ist gefährlich, gerade - und das bislang eher unbeachtet - bei Jugendlichen in strukturschwachen Regionen. Da fällt das vermehrt auf fruchtbaren Boden. Die Ballungszentren sind meines Erachtens dafür nicht so anfällig. Dort ist eher die verschwörungsideologische »Truther«-Szene auf dem Vormarsch. Aber auch dort gibt es noch nicht näher erforschte Schnittmengen.

Würden Sie sagen, dass die Reichsideologie Selbstermächtigungserfahrungen ermöglicht?

Genau. Wenn die reichsideologische Argumentation erfolgreich ist, baut dieses Erlebnis die Leute auf. Es ermutigt sie, sich näher damit zu befassen. Die stoßen dann auf das ganze juristische Brimborium, erfahren von der ersten »Kommissarischen Reichsregierung« (*siehe Seite 8*) oder lernen selbst jemanden kennen, der als staatlicher Selbstverwalter jahrelang damit durchkommt, seine Steuern nicht zu zahlen. Mit der Reichsideologie bekommen die Leute ein Rüstzeug an die Hand, das ihnen bei der Argumentation gegen Gerichtsvollzieher hilft. Und wenn dann noch Leute vom »Deutschen Polizei Hilfswerk« (*siehe Seite 22*) als »Rechtsbeistand« mitkommen, und man zögert eine Zwangsvollstreckung ein halbes Jahr hinaus, dann hat man zwar im Hinterkopf: »Das kann nicht funktionieren.« Aber es funktioniert erst einmal. Die Kurzfristigkeit wird jedoch in der euphorischen Stimmung, die durch den Abzug der Staatsgewalt ausgelöst wird, wieder verdrängt. In letzter Konsequenz setzt sich der Rechtsstaat allerdings durch.

Was begünstigt den Prozess der Ideologisierung?

Eine weitere Verschärfung der gesellschaftspolitischen Situation - wenn etwa durch hohe Regierungsmehrheiten die gesellschaftliche Teilhabe noch weiter zurück geschraubt wird und das Gefühl der Hilflosigkeit auftritt. Dann kann es auch weitere Schichten radikalisieren, die das im Moment nur als Spielerei sehen.

Den Schritt in die komplette Realitätsflucht machen viel mehr, als man denkt. Oberflächlich funktionieren die völlig normal, gehen zur Arbeit, zahlen ihre Steuern etc. Aber die Ideologie haben sie bereits für sich akzeptiert - erst als Hobby, dann als geschlossenes Weltbild.

Wie reagiert das Umfeld auf Reichsideolog/innen? An manchen Orten gibt es große Akzeptanz. Man trifft sich im Schützenverein, bei der Feuerwehr. Wie kann man damit eigentlich umgehen?

Die enge soziale Verflechtung im ländlichen Bereich macht es fast unmöglich, damit umzugehen. Mehr Strategien sind notwendig. Außerdem ist es für die Menschen sehr schwierig zu begreifen, was dort vor sich geht. Zunächst fehlt es an politischer Bildung - grundsätzliche Kenntnisse der parlamentarischen Demokratie. Deshalb ist die Akzeptanz sehr schnell da, wenn jemand für reichsideologisch geleitete Aktionen nicht belangt wird. Dann heißt es: »Cool, der zeigt es denen da oben.« Das ist das Gefährliche.

Grundsätzlich ist es für den Umgang mit »Reichsbürgern« wichtig, dass sie viel mehr auf Widerstand stoßen als auf weitere Akzeptanz. Eine demokratische Haltung ist dafür die Voraussetzung.

Halten Sie Reichsideolog/innen für gefährlich?

Die Reichsideologie stellt ein weiteres Einfallstor für menschenfeindliche und antidemokratische Haltungen dar. Bedenklich sind auch allgemein die Waffenfunde in der rechten Szene. Der Trend, sich Waffen zu beschaffen, ist auch bei den »Reichsbürgern« zu beobachten. Einige bereiten sich ja auf einen »Tag X« vor. Auch viele, die noch keine geschlossenen Weltbilder haben, besorgen sich Waffen, etwa im Schützenverein oder über einen Jagdschein. Auch frei verkäufliche, aber trotzdem tödliche Waffen sind als Einstieg sehr beliebt, wie z. B. eine Armbrust. Das halte ich für sehr gefährlich.

Beispiel: Beschluss des Amtsgerichts Duisburg zur KRR

»Die Ausführungen des 1960 geborenen Schuldners über die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Ordnung in Deutschland und über seinen persönlichen Rechtsstatus sind abwegig. **Eine deutsche Reichsverfassung vom 19. Januar 1996, eine kommissarische Reichsregierung oder ein kommissarisches Reichsgericht existieren ebenso wenig, wie die Erde eine Scheibe ist.** [...] **Die Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1990 ist der gegenwärtige deutsche Nationalstaat. Einen anderen gibt es nicht.** Die Bundesrepublik Deutschland ist als Staat mit dem früheren Deutschen Reich identisch, sie ist dessen heutige rechtliche und tatsächliche Erscheinungsform [...].

Das Deutsche Reich in seiner historischen Gestalt ist spätestens mit der bedingungslosen Kapitulation aller Streitkräfte vom 7. und 8. Mai 1945 institutionell vollständig zusammengebrochen [...]. Seine damals noch vorhandenen Organe und sonstigen staatsrechtlichen Strukturen sind im Mai 1945 auf allen Ebenen endgültig weggefallen, an ihre Stelle sind in den folgenden Jahren, zuletzt durch die deutsche Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990, neue, durch allgemeine Wahlen historisch und rechtlich uneingeschränkt legitimierte Strukturen getreten. **Anderslautende Behauptungen und Rechtsansichten beruhen auf ideologisch bedingten Wahnvorstellungen. Sie werden gemeinhin allenfalls von rechtsradikalen Agitatoren [...] oder von Psychopathen vertreten.**«

AG Duisburg, Beschluss vom 26.01.2006, AZ: 46 K 361/04; Hervorhebung J.R.

Weitere Urteile finden Sie in Gerhard Schumacher: Vorwärts in die Vergangenheit, siehe S. 28.

Weiterführende Links und Literatur

Bundesweite Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus

»Reichsbürger/innen« muss man nicht allein gegenüberreten. Unterstützung bieten Beratungsstellen, die sich auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen spezialisiert haben. Auch in der Auseinandersetzung mit reichsideologischen Aktivitäten empfiehlt es sich, von der professionellen Beratung dieser Stellen Gebrauch zu machen. Eine Liste mit Beratungsstellen in ganz Deutschland finden Sie auf den Seiten von »Netz gegen Nazis« online unter:

<http://bit.ly/NtoH5r>

Informationen zum Thema Reichsideologie

Nachfolgend finden Sie eine Auswahl an kommentierten Links und Literatur, die Ihnen weitere Informationsmöglichkeiten zum Thema Reichsideolog/innen bieten.

KRR-FAQ

Die KRR-FAQ ist eine der ersten Seiten, die sich mit Reichsideologie auseinander gesetzt haben. Das Kürzel KRR-FAQ steht für »Kommissarische Reichsregierung – Frequently asked questions«. Sie behandelte ursprünglich häufig gestellte Fragen zur ersten bekannten »Reichsregierung« um Wolfgang Gerhard Günter Ebel. Das Informationsangebot wurde seit dem Jahr 2001 von einem Juristen unter dem Pseudonym »Frank Schmidt« kontinuierlich ausgebaut. So umfasst die Seite inzwischen nicht nur die FAQ, sondern wurde um ein Blog ergänzt, in dem aktuelle Presseartikel zum Thema erfasst werden.

www.krr-faq.net



Psiram

Die Webseite Psiram, vormals EsoWatch, behandelt eine große Bandbreite an irrationalen Glaubenssystemen. In deren Wiki finden sich auch Informationen zu »Reichsbürger/innen«. Der Vorteil der Seite besteht in der Möglichkeit, Querverbindungen in die esoterische oder verschwörungsideologische Szene nachzugehen.

www.psiram.com



Sonnenstaatland – Vorwärts in die Vergangenheit

Das Sonnenstaatland ist eine Parodie auf die reichsideologische Gedankenwelt. Neben der spöttischen Auseinandersetzung mit dem Thema hat die Webseite ebenfalls ein recht aktives Forum, ein Reichsideolog/innen-Wiki sowie ein Kompendium. Darin finden sich übersichtlich einige Themen, die in der Auseinandersetzung mit Reichsideolog/innen hilfreich sein können. Herzstück der Seite ist jedoch das knapp 400 Seiten starke Werk Gerhard Schumachers »Vorwärts in die Vergangenheit. Durchblicke durch einige »reichsideologische« Nebelwände«. Hier finden sich sehr detaillierte Informationen zur Reichsideologie. Von besonderem Wert ist dabei der Abschnitt, der sich intensiv mit den bei Reichsideolog/innen beliebten Gesetzestexten und Verträgen kommentiert und Falschaussagen aufzeigt.

www.sonnenstaatland.com

<http://buch.sonnenstaatland.com>



Region in Aktion

Das Projekt »Region in Aktion. Kommunikation im ländlichen Raum« der Amadeu Antonio Stiftung hat sich in der Vergangenheit mit Demokratieförderung in ländlichen Raum beschäftigt. Die daraus entstandene Handreichung »Region in Aktion. Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann« bietet weiterführende Handlungsstrategien, die über eine Auseinandersetzung mit Reichsideolog/innen hinaus gehen.

www.laendlicher-raum.info



UNTERSTÜTZEN SIE INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT





Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft engagieren und die für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. In den letzten 15 Jahren hat die Stiftung bundesweit über 800 lokale Initiativen gefördert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Engagierten dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen, und sie zu vernetzen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22

 info@amadeu-antonio-stiftung.de
 www.amadeu-antonio-stiftung.de
 www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung
 www.twitter.com/AmadeuAntonio

Wir sind Mitglied im



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67
Konto-Nr. 600 500 0000
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE32 4306 0967 6005 0000 00

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

Sie verschicken Drohbriefe, stellen sich eigene Ausweise aus, bombardieren Behörden mit ihren Schreiben oder gründen gleich ganze Königreiche: Seit einiger Zeit rücken die selbsternannten »Reichsbürger/innen« in den Fokus der Öffentlichkeit. Bei diesen Reichsideolog/innen handelt es sich um Gruppen oder Einzelpersonen, die eine Fortexistenz des Deutschen Reiches propagieren und die Bundesrepublik Deutschland für illegitim halten. Antisemitische, rassistische und geschichtsrevisionistische Elemente bilden weitere Versatzstücke ihrer Ideologie. Hinter der Fassade bürgerlichen Auftretens verbergen sich auch Überschneidungen mit einschlägig rechtsextremen Gruppierungen. Zwar beschäftigen sich einzelne zivilgesellschaftliche Akteur/innen seit Jahren mit dieser Ideologie, sie sind allerdings genauso wie Verwaltungsbehörden noch immer mit der pseudojuristischen Argumentationsweise der Reichsideolog/innen überfordert.

Diese Handreichung soll das zivilgesellschaftliche Engagement weiter unterstützen, indem sie Aufschluss darüber gibt, worum es sich bei der Reichsideologie handelt. Wie ist sie entstanden? Was sind ihre grundsätzlichen Elemente? Wie treten Reichsideolog/innen auf? Und was kann gegen die Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankenguts getan werden?



POLIZEI

2T115